

SPD  
Stadtratsfraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Stadtratsfraktion

FDP  
Stadtratsfraktion

Antrag 1074/2016 zur Sitzung Stadtrat am 12.07.2016

### ***Weiterentwicklung des städtischen Integrationskonzeptes***

Mainz hat eine lange Tradition als weltoffene Stadt. Diese Tradition spiegelt sich nicht nur im respektvollen Miteinander der Mainzerinnen und Mainzer unterschiedlicher Herkunft, sondern auch in den vielen Integrationshilfen sowie -maßnahmen der Mainzer Verwaltung und im unermüdlichen Einsatz vieler ehrenamtlicher Integrationshelfer wieder. Neben der Integration von Flüchtlingen ist insbesondere auch die Einbindung der Migrantinnen und Migranten aus vielen verschiedenen Ländern seit Jahrzehnten eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dabei ist in den Kommunen die Integration und Partizipation für und Migrant\*innen und Flüchtlinge direkt erlebbar und spürbar.

Aktuell gilt es auf kommunaler Ebene, geflüchtete Menschen und Migrant\*innen schnellstmöglich in die Gesellschaft zu integrieren und ihnen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dabei möchte der Stadtrat die Verwaltung in ihren Bemühungen bestärken und durch neue Orientierungspunkte im Zuge aktueller Herausforderungen unterstützen.

#### **Der Stadtrat möge beschließen:**

Die Verwaltung wird gebeten, das derzeit bestehende Integrationskonzept neu aufzulegen bzw. um Leitlinien zu nachfolgenden Bereichen zu erweitern. Die Aufzählung verschiedener

Aspekte ist dabei nicht abschließend und soll als Orientierung bei der Weiterentwicklung des Konzeptes durch die Verwaltung dienen.

1. Das Konzept sollte folgende Schwerpunkte berücksichtigen:

a. Bildung:

Bildung ist eine zentrale Voraussetzung für eine dauerhafte Integration und Partizipation. Kinder und Jugendliche sollten unabhängig von Ihrer Herkunft gleiche Bildungschancen ermöglicht werden. Dabei nimmt der Spracherwerb eine Schlüsselrolle ein. Das Heranführen an die deutsche Sprache soll für Kinder und Jugendliche bereits in Kindertagesstätten sowie Schulen ermöglicht werden.

Ergänzend könnten Fortbildungsangebote zur Stärkung interkultureller Kompetenzen als Hilfe zum weiteren Abbau von Diskriminierung dienen und so die Chancengleichheit erhöhen.

Die Verwaltung sollte daher evaluieren, welche neuen Aufgaben und Anforderungen in den verschiedenen Unterrichtssituationen anfallen und diese mit entsprechenden Maßnahmen unterstützen.

b. Arbeit und Ausbildung:

Die zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration und Partizipation kann nur durch gleiche Chancen und gezielte Förderung auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden. Unternehmen und Verbände sollten auf das Thema sensibilisiert werden. Dies könnte insbesondere bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen durch gezielte Kampagnen und Förderprogramme angegangen werden. Bei der beruflichen Integration wäre eine Einbeziehung von IHK, HWK, Jobcenter, Volkshochschule (und evtl. weitere Bildungsträger) mit ihren Praxiserfahrungen zu einem Netzwerk wünschenswert. Dieses Netzwerk könnte in Kooperation mit Wirtschaft und Verwaltung die Schaffung von Praktikums- sowie Ausbildungsplätzen als einstiegserleichternde Möglichkeiten initiieren.

Als gutes Beispiel könnte die gesamte Stadtverwaltung von Mainz als eine „Willkommensbehörde“ fungieren, indem sie Wege sondiert, um eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration auf Verwaltungsebene, sowie in stadtnahen Unternehmen, zu ermöglichen.

Angesichts des zunehmenden Anteils älter werdender Migrant\*innen sollte geprüft werden, wie Konzepte und Angebote der Altenplanung und -hilfe weiterentwickelt werden könnten. Im Bereich der Fort- und Weiterbildung wäre es wichtig, Angebote für zum Thema interkulturelle Kompetenzen anzubieten.

c. Gesellschaftliche Partizipation:

Um das Ankommen und die Teilhabe in Mainz zu erleichtern, braucht es eine Willkommenskultur und vielfältige Unterstützungsangebote vor Ort. Wichtige Akteure sind städtische Ämter, Wohlfahrtsverbände, Selbsthilfeorganisation, Sportverbände und das Ehrenamt sowie Migrant\*innenorganisationen, die zugleich Interessenvertretung und wichtige Anlaufstellen sein können.

Durch das Miteinander bzw. Mitwirken in den o.g. Organisationen und Strukturen im Sinne einer demokratischen Kommune/Gesellschaft wird die Demokratie bzw. der Pluralismus für alle erlebbar.

2. Die Verwaltung prüft, inwiefern und zu welchem Anteil sich der Bund an den Kosten für kommunale Integrationsmaßnahmen beteiligt bzw. zu beteiligen hat.

Dr. Eckart Lensch  
*Fraktionsvorsitzender  
SPD-Stadtratsfraktion*

Sylvia Köbler-Gross  
*Fraktionssprecherin  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Mainzer Stadtrat*

Walter Koppius  
*Fraktionsvorsitzender  
FDP-Stadtratsfraktion*